Tagesblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.
Bezugspreis: vierteljährlich M. 2.50, durch die Post M. 2.75, im Ausland mit entsprechendem Zuschlag.
Annahme von Ankündigungen: Montags u. Dienst. 8–3 Uhr Nachm. Sonntags v. Morg. 8–½9 u. 11–1 Uhr Mittags. In Neustadt: Gr. Klostergasse nur an Wochentagen bis 3 Uhr Nachm.
Die 1spaltige Grundzeile (ungefähr 8 Silben) 15 Pfg., nur Montags oder nach Feiertagen 20 Pfg. Unterm Strich (Einges.) Zeile 45 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg.
Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncenbureaus an. Für Aufgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Fernsprechstelle Nr. 15

Dresdner Nachrichten

38. Jahrgang.
Aufl. 56,000 Stück.
Dresden, 1893.

Papierausstattung Schulartikel etc. Großhandlung von Buchbinderwaaren
Papierhandlung G. H. Rehfeld & Sohn Engros & Versandt Dresden-N. Hauptstr. 24.
Karten zu allen Gelegenheiten Pathenbriefe etc. etc.

Photographische Apparate für Amateure.
Preislisten gratis und franco
Carl Plaul,
Dresden, Waisstrasse 25.

Oscar Renner, Dresden
Brauerei-Vertretungen:
Spatenbräu-München, Bürgerlich-Pilsner,
I. Culmbacher.

„Invalidendank“
Dresden, Seestrasse 6, I.
Fernsprechstelle 1117.
I. Annoncen-Expedition für alle Zeitungen.
II. Billet-Verkauf für die Dresdner Theater.
III. Effecten-Controle unter Garantie.
IV. Collection der Sächs. Landeslotterie.

Oelfarben in Tuben für Künstler und Decorationsmaler.
Aquarellfarben trocken, Lebensecht und in Tuben.
Carl Tiedemann, Hoflieferant
Altstadt: Marienstrasse 10, Annenstrasse 18
Neustadt: Heinrichstrasse, „Stadt Görlitz“.

Confirmanden-Anzugs-Stoffe, solide, elegante Waare, Meter 5 Mk., 6 Mk., 7 Mk. und 8 Mk., empfiehlt in unübertroffener Auswahl
C. H. Hesse.
Marienstrasse 20 („Drei Raben“).

Nr. 36. Spiegel: Zukunftsstaat der Sozialdemokratie. Hofnachrichten, Meistertitel, Naturwissenschaftliches Panorama, Akademischer Gesangverein, Hochschulenball, Leipziger Pleißenburg, Gerichtsverhandlungen, Bezirksausschuß, Orpheus-Liederabend. Börsenwochenbericht. | **Sonntag, 5. Februar.**

Politisches.

Mit rein akademischen Erörterungen, die zu den vorliegenden gesetzgeberischen Aufgaben gar keine Beziehung haben, hat sich wieder einmal der Reichstag am Freitag befaßt. Im Verlaufe der Nothstandsdebatten war wiederholt an die Sozialdemokraten die Aufforderung gerichtet worden, endlich ihren Zukunftsstaat zu enthüllen und des Näheren die Einrichtungen desselben darzulegen. Darauf hat es nun der Abg. Bebel für nöthig befunden, dem Reichstage, wie er selbst sagt, „ein kleines Kolleg“ zu halten. Die Ausführungen des geistig hervorragendsten Führers der Umsturzpartei bringen manche bemerkenswerthe Einzelheiten. Aber eine Beantwortung der Frage, um die es sich handelte, bieten sie nicht. Sie gaben mehr eine Verhüllung, als eine Enthüllung des sozialdemokratischen Staates. Bebel begnügte sich mit den oft gehörten allgemeinen Redensarten; darüber, wie es anders werden soll, welche Gestalt die politischen, wirthschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse annehmen würden, falls die Sozialdemokratie einmal an's Ruder gelangen sollte, hat er keine Aufklärung zu geben vermocht. Nur das Eine hat er uns verrathen, wer einmal im Zukunftsstaate berufen sein soll, Staatssekretär des Innern zu werden. Als vor Kurzem ein freisinniger Redner gegen die Sozialdemokratie polemisirte, war es Herr von Böttticher, der, wie Bebel sich ausdrückte, unseren Standpunkt so vertheidigte, daß wir ihm den lebhaftesten Beifall zollen mußten. Zur Belohnung dafür, daß sich Herr von Böttticher „so bedeutend in die sozialdemokratischen Ideen hineingearbeitet hat,“ hat ihm Genosse Bebel jene hervorragende Stelle im geheimnißvollen Dunkel des Zukunftsstaates zugedacht. Im Uebrigen begnügte sich der sozialdemokratische Zukunfts-apostel damit, alles Bestehende schlecht zu machen, die Unzufriedenheit und den Haß der Arbeiter rege zu erhalten und sie in dem Wahne zu belassen, es könne und würde alles gebessert, alle Uebelstände würden beseitigt und das goldene Zeitalter der Freiheit und Gleichheit würde herbeigeführt werden durch die Sozialdemokratie und deren noch immer gänzlich in der Luft schwebenden Idealstaat des Sozialismus.

Der opportunistische Standpunkt, den die parlamentarische Sozialdemokratie der Bebel, Liebknecht und Konsorten seit der Aufhebung des Sozialistengesetzes aus taktischen Gründen eingenommen hat, trat in der Bebel'schen Rede recht deutlich zu Tage. Bebel leugnete zwar nicht, daß seine Partei eine revolutionäre sei; aber er versicherte zugleich, daß sie dies nicht ausschließlich sein wolle, daß sie auch eine „vorwärts strebende Partei sei, die beständig lerne, die beständig eine geistige Mauserung durchmache“. Die Führer der Umsturzpartei sind sich sehr wohl bewußt, daß sie einen schweren Fehler begehen würden, wenn sie täglich darauf pochen und sich dazu bekennen würden, daß die Sozialdemokratie ihrem wahren Charakter nach nichts anderes ist und sein kann als eine reine Partei der Revolution. Auch unter den Arbeitern, die bisher den sozialdemokratischen Aufwieglern lauschten und in die sozialdemokratischen Kassen steuerten, giebt es Leute genug, die auf die Dauer mit bloßen revolutionären Drohungen nicht hingehalten werden können. Diesen zu Liebe betheuerte Bebel, daß seine Partei jederzeit bereit sei, sich an der gesetzgeberischen Arbeit durch praktische Vorschläge zu betheiligen, um die Lage der Arbeiter auch auf dem Boden der jetzigen Gesellschaftsordnung etwas zu verbessern. „Daß wir unbeschadet unserer prinzipiellen Stellung zur jetzigen Gesellschaft nicht nachgelassen haben, auch jetzt Erreichbares zu erstreben, hat uns, versicherte Bebel am Freitag, unseren gewaltigen Anhang bei den Arbeitern verschafft, und wir werden uns durch die Opposition der Jungen nicht davon abdrängen lassen, auch auf dem Boden der jetzigen Gesellschaft so viel praktische Vorschläge zu machen, als wir für durchführbar halten.“ In Wirklichkeit waren aber alle praktischen Vorschläge, welche die Sozialdemokraten im Reichstage zu den Gesetzentwürfen eingebracht haben, derartig gehalten, daß sie von vornherein als unannehmbar gelten mußten. Die Sozialdemokraten haben auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes stets ihre Anträge in dem Bewußtsein und unter der Voraussetzung gestellt, daß sie nicht verwerthet werden können. Denn sie wollen keine Verbe[illegible]rung der Lage der Arbeiter. Zufriedenheit ist ihnen der gefä[illegible]hste Feind. Sie streben mit allen Mitteln darnach, daß die Ver[illegible]nisse für die Arbeiter immer schlimmer und unerträglicher wer[illegible] damit sie zur Verzweiflung und zur Revolution getrieben w[illegible] Die Revolution ist und bleibt trotz aller opportunistischen E[illegible]fechtereien eines Bebel das Ziel der Sozialdemokratie, we[illegible]s für das gegenwärtige Geschlecht derselben. Bebel behaup[illegible]ar, daß man ruhig warten will, bis die Verhältnisse allmäh[illegible] durch eine ganze Reihe von Etappen hindurch, für den Zu[illegible]sstaat, für die Herrschaft der Sozialdemokratie reif geworden [illegible] Zu dieser, gleichviel ob sie sich aufrecht erhalten lassen würde [illegible] nicht, gelangt man aber nur auf dem Wege der Revolution. [illegible]ne den gewaltsamen Zusammenbruch der bestehenden Ordnung, [illegible]ne Blut und Trümmer, ohne Mord und Brand, ohne den „gro[illegible]en Kladderadatsch“ wird die Sozialdemokratie niemals siegen kön[illegible]en. Das weiß Bebel, das wissen alle zielbewußten Anhänger der Partei. Karl Marx, dessen Autorität nach Bebel innerhalb der Partei unbestritten dasteht, hat kaltblütig erklärt: „Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Der entspricht auch eine politische Uebergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann, als die revolutionäre Diktatur des Proletariats“ — d. h. die Jakobiner-Herrschaft, der Schrecken des blutdürstigsten Fanatismus. Bebel hat diese Auffassung des großen Parteipapstes nie verleugnet, er spricht aber jetzt nicht gern davon, aus rein taktischen Gründen, weil das zu starke Betonen des revolutionären Glaubensbekenntnisses die Weiterverbreitung der Partei hemmen könnte, weil auch diejenigen harmloseren Sozialisten gewonnen werden sollen, die von der rohen Gewalt des Blutbades nichts wissen wollen, die nicht mehr mitthun würden, wenn man ihnen weiter zu schildern weiß, als die Herrlichkeiten einer neuen Auflage der Pariser Kommune.

Scharf und treffend war die Kritik, welche die beiden Wortführer der Ordnungsparteien, Freiherr von Stumm und der ultramontane Bachem, an den Bebel'schen Ausführungen übten. Der Führer der Reichspartei charakterisirte den sozialdemokratischen Zukunftsstaat als ein „großes Zuchthaus mit allgemeinem Kaninchenstall“ und geißelte den Fanatismus, den Egoismus und den Terrorismus der Sozialdemokratie, dem gegenüber der angebliche Terrorismus der Arbeitgeber ein reines Kinderspiel sei. Eine Partei, wie die Sozialdemokratie, welche die Verkörperung der brutalsten Intoleranz darstellt, deren Ideal die „revolutionäre Diktatur des Proletariats“ ist, kann nur mit den Mitteln der Intoleranz, mit Gewalt bekämpft werden. Mit vollem Recht schloß daher Freiherr von Stumm seine Rede mit einer Anspielung auf die Wiederherstellung des Sozialistengesetzes. „Der sozialdemokratische Fanatismus“, rief er den Sozialdemokraten zu, „ist der Fanatismus des Neides, der Bosheit gegen die Mitglieder der Parteien, die nicht zu Ihnen gehören. Dagegen kämpft man nicht mit idealen Waffen, mit denen der Ueberredung. Dagegen kämpft man mit den Waffen der Gewalt, an die Sie appelliren, sobald Sie die Macht haben und die auch Ihnen gegenüber angewendet werden müssen. In diesem Kampfe werden Sie vielleicht siegen, wenn der Staat schwach ist, aber nicht, wenn er seine Schuldigkeit thut und Ihnen mit den Mitteln gegenübertritt, die er in seiner Macht hat.“

Erwünscht wäre es gewesen, wenn vom Regierungstische aus ein Wort der Entgegnung auf die Bebel'schen Ausführungen gesagt worden wäre, wenn man einmal über die Stellungnahme des neuen Kurses zur Sozialdemokratie sich geäußert hätte. Die Vertreter der verbündeten Regierungen hüllten sich in Schweigen. Es scheint, daß man es noch immer für richtig hält, die Hände in den Schooß zu legen und der Umsturzpartei gegenüber den manchesterlichen Grundsatz des absoluten Gehen- und Geschehenlassens walten zu lassen. Unter diesen Umständen blieben die erregten Debatten ohne jeden praktischen Werth. Die Berl. N. N. haben daher vollkommen Recht, wenn sie [illegible] des Landes waren durch den Streit [illegible] gefördert; weder hüben noch drüben [illegible] und das einzig Ersprießliche bei allen solchen Debatten ist die unbestreitbare Thatsache, daß man einsehen lernen wird, die Zeit könnte besser angewendet werden. Hoffentlich hat der heutige Tag dieser Erkenntniß einen breiten Weg geschaffen.“ Lo—.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 4. Februar.

Berlin. Reichstag. Die Sozialistendebatte beim Etat des Reichsamts des Innern wird fortgesetzt. Abg. Richter (frs.) hält den Militärstaat augenblicklich für gefährlicher als den sozialdemokratischen Zukunftsstaat. Er verdenkt es den Sozialdemokraten nicht, hier Nothstandsdebatten anzuregen, nachdem die Agrarier unausgesetzt über die landwirthschaftliche Nothlage geklagt haben. Die Regierung scheine die allgemeine wirthschaftliche Lage zu günstig aufzufassen; aber ein staatliches Eingreifen könne er nicht wünschen mit Rücksicht auf die daraus entstehenden Konsequenzen. Die Beschwerde über die Entziehung der Pelze der Staatsbahnbeamten gehöre vor den preußischen Landtag. Er begreife nur nicht, weshalb die Eisenbahnverwaltung so lange mit einer Aufklärung gezögert habe. Die Verlängerung der Lohnzahlungsfristen, die Bebel zur Sprache gebracht, billige er nicht, denn sie führe zum Borgsystem. Die Krisis sei eine Folge namentlich ungünstiger Ernten. Die Ernten zu regeln, habe der Staat keine Mittel. Ungünstige Ernten haben eine Beschränkung des Konsums zur Folge. Aber die Schaustellungen der Arbeitslosen geben kein richtiges Bild der Lage. Die Redner in diesen Versammlungen seien die sozialdemokratischen Kollegen des Reichstages, nicht die Nothleidenden. Einen großen Bestandtheil in den Versammlungen bildeten die Maurer, die beim Frost nicht arbeiten könnten und die gerade aus diesem Grunde Lohnerhöhungen durchgesetzt hätten. Warum dirigirten die Sozialdemokraten ihre Leute an Stellen, wo es Arbeit gäbe? Im sozialdemokratischen Staate würde zuerst die Freizügigkeit aufgehoben werden. Der Zwang werde im sozialdemokratischen Staate schlimmer sein als im Militärstaate. Bebel leugnet die Harmonie der Interessen von Arbeitgebern und Arbeitern, meinte, wenn die Ersteren die Arbeiter in kritischen Zeiten selbst mit Verlust beschäftigten, so geschehe das nur, weil sich der Unternehmer den Arbeiterstamm für bessere Zeiten sichern wolle; nun, das sei ja gerade die Harmonie der Interessen. Die Frage, wie sich die Sozialdemokraten ihren Zukunftsstaat denken, sei vollständig berechtigt, denn wir sollen ja in diesen Zukunftsstaat hinein; in dem Maße, wie der Kern der sozialdemokratischen Bestrebungen bekannt werde, falle die Menge von der Sozialdemokratie ab, deshalb haben die sozialdemokratischen Führer ein Interesse daran, diesen Kern in Dunkel zu hüllen. Bebel habe auf bestimmte Anfrage Bachem's mit einer Wortklauberei über den Begriff Staat geantwortet. Die sozialdemokratische Zukunftsorganisation beruhe auf dem Zwange, sei also staatlich. Bebel habe eingestanden, daß er sich vielfach gemausert habe, dann könne er aber nicht so stolze Worte gebrauchen, man wisse ja gar nicht, wohin er sich noch mausern werde. In religiösen Dingen sei nie so viel Glauben verlangt worden, wie die Sozialdemokraten verlangten, dieselben forderten, man solle sich auf ihre künftigen Mauserprozesse verpflichten. Die „Zukunftsbilder“, welche Bebel angegriffen habe, haben die weiteste Verbreitung gefunden und dürften deshalb nicht so wirkungslos gewesen sein, wie Bebel annahm. Die Schrift könnte besser sein, aber die Methode sei richtig, indem die Schrift darthue, wie die sozialdemokratischen Bestrebungen mit der menschlichen Natur unvereinbar seien. In sozialdemokratischen Gegenschriften habe man über die Figur der armen Näherin, die sich eine Summe zu ihrer Aussteuer gespart habe, gespottet, diese Figur sei aber gerade aus dem Leben gegriffen. Das Verwerfliche der sozialdemokratischen Agitation sei, daß sie den Arbeitern, besonders den jungen, das Sparen zu verekeln sucht. Die planmäßige Produktion des sozialdemokratischen Zukunftsstaates habe eine planmäßige Konsumtion zur Folge; im Zuchthause bestehe planmäßige Produktion und Konsumtion, aber die Bürger des Zukunftsstaates würden es weniger gut haben wie die Sträflinge im Zuchthaus, denn Letztere hätten im Hintergrunde die freibürgerliche Gesellschaft. Wenn die sozialdemokratische Agitation den Himmel auf Erden schaffen könnte, so träte die Gefahr der Uebervölkerung heran. Im sozialdemokratischen Staat werde, wie Bebel in seinem Buch „Die Frau“ sage, jeder Neugeborene willkommen sein (Zuruf Bebel's: „Sie haben ja keine Kinder!“) So kleinliche persönliche Bemerkungen bei einer so ernsten Frage! Damit beweisen Sie Ihre ganze Verlegenheit. Bebel habe allerdings auf die nordischen Länder hingewiesen, wo es sich gut wohnen lasse und auf die Wüste Sahara, die sich kultiviren lasse. Wenn die Sozialdemokraten in Verlegenheit seien, verriefen sie sich auf die Fortschritte der Technik, diese kämen aber doch der heutigen Gesellschaft ebenso zu Gute; und könne man denn leugnen, daß sich die Lebensverhältnisse aller Klassen erheblich gebessert haben seit der Zeit unserer Vorfahren? Man solle nicht zu viel vom Staate erwarten, sondern die eigenen Kräfte sich bethätigen lassen. Was er der Sozialdemokratie zum Vorwurf mache, daß sie das freie Bürgerthum, das gegen alle reaktionären Bestrebungen geschlossen sein müßte, gespalten habe, daß es den Liberalismus schwächte, indem es ihn zum Kampfe nach zwei Fronten drängte (Beifall). — Abg. Frohme (soz.) bestreitet die Existenz einer Harmonie der Interessen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern unter Berufung auf einen Ausspruch des Erzbischofs von Ketteler. Die Sozialdemokraten verhinderten Niemanden am Sparen, aber sie erblickten darin kein wirthschaftliches Heilmittel. Auf die ruhige objektive Darlegung der Entwickelungstheorie durch Bebel sei weder Bachem noch Richter eingegangen, sie wüßten wohl, warum, das Centrum habe keine Ursache, den Sozialdemokraten republikanische Gesinnung zum Vorwurf zu machen, nachdem der Papst die Republik Frankreich anerkannt habe. Eine utopistische Schilderung eines Zukunftsstaates habe Thomas von Aquino, die wissenschaftliche Autorität der katholischen Kirche, gegeben; derselbe habe auch eine Beschränkung der Kindererzeugung vorgesehen. Man mache sich ein phantastisches Bild von dem sozialdemokratischen Zukunftsstaate, um dasselbe dann zu verspotten, berühre aber damit das Wesen des Sozialismus gar nicht. Alle die Verhältnisse, die Richter schilderte, um vor dem sozialdemokratischen Zukunftsstaat graulen zu machen, bestünden heute; was die Sozialdemokraten wollten, sei die organische Fortentwickelung, mit der Debatte der letzten Tage hätten die bürgerlichen Parteien nur ihre Unfähigkeit bekundet, ihre Zeit zu begreifen. — Abg. Stöcker (kons.): Richter könne sich nicht wundern, wenn auf den Schultern des Freisinns die Sozialdemokratie emporstiege, nachdem er auch heute wieder abfällig über die Klagen der Landwirthschaft gesprochen. Praktische Vorschläge zur Begegnung der Arbeitslosigkeit seien konservativerseits nie im Abgeordnetenhause gemacht worden; in Zukunft werde in Zeiten der Krisen noch weit mehr geschehen müssen. Die Sozialdemokraten thäten praktisch gar nichts für die Arbeitslosen, sie hinderten auch die Möglichkeit jeder praktischen Hilfe. Richter dürfe sich darüber, den Kampf nach zwei Seiten führen zu müssen, nicht beklagen, denn er und seine Freunde hätten diesen Kampf nach zwei Fronten selbst erst hervorgerufen. Ueber die Sozialdemokratie sei in diesen Tagen Gericht gehalten worden, und die Leidenszeit für diese Partei werde nun kommen; eine politische Partei müsse Ziele haben, solche habe die Sozialdemokratie aber nicht mehr, nachdem sie auch den Zukunftsstaat preisgegeben. Aber warum lasse denn Bebel noch sein Buch über die Frau weitererscheinen? So habe die Sozialdemokratie seit langen Jahren das eherne Lohngesetz als Lüge erkannt, und trotzdem habe sie diese Lüge aufrecht erhalten. Das sei ein Verbrechen an der deutschen Arbeiterschaft. Die Sozialdemokratie unterwühle alle edlen Eigenschaften der Menschen. Der große Erfolg dieser Debatte sei, daß die Sozialdemokraten hier gefragt wurden, was sie als Heilmittel besäßen, und daß sie keine Antwort darauf zu geben vermochten. Die Aufstellung von Karl Marx, daß sich die Weltgeschichte in nationalökonomischen Momenten aufbaue, sei falsch; die moderne Entwickelung beruhe auf dem Christenthum. Dasselbe habe allerdings sozialpolitische Momente, aber diese bildeten doch nicht die Grundlage der Entwickelung. Ebenso beruhten Marx's Aufstellungen über die Zukunft auf falschen Voraussetzungen, die sich durch die Statistik widerlegten. Die Sozialdemokratie habe keine Ideale, kein Vaterland, keine Religion; sie stelle die Sittlichkeit in den Winkel, der kategorische Imperativ existire für sie nicht. Seine Freunde würden nicht ruhen, bis die falschen Lehren der Sozialdemokratie ausgerottet seien. (Beifall.) — Abg. Dr. Hitze (Centr.) bestreitet, daß Erzbischof von Ketteler eine Harmonie der Interessen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern geleugnet habe. Wenn der Papst die Republik Frankreich anerkannt habe, so sei diese ja auch unsererseits anerkannt. Die Monarchie sei eben nicht die einzige Staatsform; in Preußen sei die Monarchie anerkannt. Frohme habe den Thomas von Aquino unrichtig studirt; die dem heiligen Thomas in den Mund gelegten Worte seien von Aristoteles. Wenn die Sozialdemokraten blos organische Entwickelung wollten, so brauchten sie keine Partei zu bilden. Wozu eine Kampfpartei, wenn Alles von selbst komme? — Abg. Leuschner-Eisleben (Np.) begnügt sich bei der vorgeschrittenen Zeit damit, zu konstatiren, daß die Sozialdemokratie eine schwere und verdiente Niederlage erlitten habe (Beifall). — Weiterberathung Montag, außerdem Antrag Singer auf Einstellung des gegen Abg. v. Münch schwebenden Strafverfahrens.

Berlin. Der Großherzog von Hessen bleibt bis Mitte nächster Woche in Berlin. Im Befinden seiner Schwester, der Prinzessin Alice, die an einem Ohrenübel leidet, ist eine wesentliche Besserung nicht eingetreten. — Der Bundesrath überwies gestern die Gesetzentwürfe betr. die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten und betr. die Pflichten der Kaufleute bei Aufbewahrung fremder Werthpapiere an zuständige Ausschüsse. — Die Börsen-Enquete-Kommission beendete die Vernehmung der Sachverständigen des Börsenverkehrs mit Spiritus und beginnt im Laufe der nächsten Woche die Vernehmung der Sachverständigen der Zucker- und Textilbranche. — In Altona sind vier neue Cholerafälle gemeldet. — In der Budgetkommission des Reichstages sagte der Vertreter der Heeresverwaltung zu, daß in Zukunft auch Leinen und Leder, wie jetzt das Tuch, wenn thunlich, im Ganzen durch die Bekleidungsämter nicht regimenterweise eingekauft werden sollen. Das Schuhwerk werde schon jetzt zu zwei Dritteln von den Bekleidungsämtern geliefert; auch die Strafanstalten sollen mehr und mehr für die Beschaffung für Bekleidungsgegenstände herangezogen werden. — Der Mörder der Frau Leschanski und deren Kind soll in der Person eines nahen Verwandten des Mannes ermittelt sein. — Die Kaiserin wird diesmal einen Theil des Sommers auf Rügen zubringen. — Auf die Ausstellung zu Chicago wird auch ein Gypsmodell des neuen Reichstagsgebäudes geschickt werden.

* **Berlin.** Zu Ehren des Generaloberst v. Pape fand heute Abend 7 Uhr bei dem Offizierkorps des 2. Garde-Regiments ein großes Festmahl statt, an welchem auch der Kaiser theilnahm. Der Kommandeur des Regiments, Hartmann, brachte das Hoch auf den Kaiser aus, worauf der Kaiser in längerer Ansprache den Jubilar feierte und demselben das Geschenk des Offizierkorps, einen Fahnenträger des Regiments in Bronze mit Widmung, überreichte. Der Generaloberst v. Pape sprach hierauf seinen Dank aus.

Chemnitz. Der Export nach Nordamerika betrug, laut Ausweis des hiesigen Konsulats der Vereinigten Staaten, im verflossenen Jahre 216587 Doll. weniger als im Vorjahre. Im letzten Vierteljahre war die Ausfuhr um 123786 Doll. gesunken.

„Hotel Fürst Bismarck“
An der Frauenkirche 22 und Neumarkt 5